

WID-PERSPEKTIVEN

OKTOBER 2025

Wissenschaftsfreiheit und Wissenschaftskommunikation

Wahrnehmungsunterschiede zwischen
Hochschulleitungen und Bevölkerung

WID-PERSPEKTIVEN

Wissenschaftsfreiheit und Wissenschaftskommunikation

Wahrnehmungsunterschiede zwischen Hochschulleitungen und Bevölkerung

DOI

<https://doi.org/10.5281/zenodo.17367275>

ABSTRACT

Das Papier untersucht die Wahrnehmung von Wissenschaftsfreiheit in Deutschland im Vergleich von Bürger*innen und Hochschulleitungen. Grundlage sind Daten des Wissenschaftsbarometers 2024 und des Hochschul-Barometers 2024. Die Ergebnisse zeigen: Hochschulleitungen sehen die Wissenschaftsfreiheit überwiegend als gesichert, während die Bevölkerung skeptischer ist und politische wie ökonomische Einflussnahmen als deutlich problematischer wahrnimmt. Von beiden Gruppen wird jedoch eine Gefahr durch öffentliche Verzerrungen von Forschungserkenntnissen und Anfeindungen gegenüber Forschenden wahrgenommen. Die Befunde machen deutlich, dass Wissenschaftsfreiheit nicht allein institutionell verankert, sondern im öffentlichen Diskurs fortlaufend legitimiert werden muss. Bei dieser Aufgabe kommt der Wissenschaftskommunikation eine besondere Bedeutung zu.

EINLEITUNG

Die kommunikative Dimension von Wissenschaftsfreiheit

Eine freiheitliche Demokratie und eine freie Wissenschaft sind wechselseitig aufeinander angewiesen: Während demokratische Ordnungen die institutionellen und normativen Voraussetzungen für Wissenschaftsfreiheit sichern, trägt eine freie Wissenschaft dazu bei, den öffentlichen Diskurs durch Wahrheitsansprüche zu bereichern und Möglichkeitsräume zu eröffnen. Ihre demokratische Funktion besteht damit nicht primär in der direkten Beteiligung an politischer Willensbildung, sondern in der Sicherung von Erkenntnissen und Orientierungswissen, die der politischen Ausrichtung entzogen sind (Gärditz, 2022).

Wissenschaftsfreiheit entfaltet ihre Wirkung jedoch nicht allein in der Produktion von Wissen, sondern auch in der Kommunikation dieses Wissens. Wissenschaftsfreiheit ermöglicht die unabhängige Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse und ihrer Grenzen, sowohl innerhalb der Fachgemeinschaften als auch gegenüber den Öffentlichkeiten (Allianz der Wissenschaftsorganisationen, 2019). Damit besitzt Wissenschaftsfreiheit eine ausgeprägte kommunikative Dimension: Dort wo wissenschaftliche Ergebnisse frei artikuliert und öffentlich diskutiert werden können, wird die wechselseitige Bedingtheit von Wissenschaft und Demokratie praktisch wirksam. Ob und wie gut ihr das gelingt, ist unter anderem von der öffentlichen Wahrnehmung von Wissenschaftsfreiheit abhängig. Die Funktion der Wissenschaft als Produzentin gesicherter Erkenntnisse und Orientierungswissen für die Gesellschaft ist daran gebunden, dass sie von Bürger*innen als frei und unabhängig von externen Einflüssen wahrgenommen wird und damit als vertrauenswürdig gilt.

Wissenschaftsfreiheit ist damit nicht nur ein rechtlich garantiertes Gut, sondern auch ein kommunikatives, das in der öffentlichen Wahrnehmung immer wieder legitimiert werden muss. In diesem Kontext untersucht das vorliegende Papier die Wahrnehmung von Wissenschaftsfreiheit in Deutschland im Vergleich von Bürger*innen und Hochschulleitungen. Der Vergleich von Bürger*innen und Hochschulleitungen kann Aufschluss darüber geben, wie stark sich interne Selbstwahrnehmung und externe Zuschreibungen unterscheiden. Dafür wird auf zwei Datenquellen zurückgegriffen: das Wissenschaftsbarometer von Wissenschaft im Dialog, das jährlich bevölkerungsrepräsentative Einstellungen zu Wissenschaft erfasst, sowie das Hochschul-Barometer des Stifterverbandes und der Heinz Nixdorf Stiftung, das die Perspektive von Hochschulleitungen abbildet.

Die Ergebnisse zeigen eine Diskrepanz: Während Hochschulleitungen, wie auch Forschende in anderen Erhebungen (Fabian et al., 2024a), die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland überwiegend als gesichert einschätzen, äußert die Bevölkerung deutliche Skepsis. Beide Gruppen betrachten politische Einflussnahme und wirtschaftliche Abhängigkeiten als zentrale Risiken, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung. Die unterschiedlichen Wahrnehmungen und die erkannten Risiken legen nahe, dass Strategien der Kommunikation mit und über Wissenschaft die Unterschiede in der Wahrnehmung und die daraus entstehenden Risiken gezielt aufgreifen und berücksichtigen sollten.

HINTERGRUND

Wissenschaftsfreiheit – mehr als ein Grundrecht

Wissenschaftsfreiheit ist ein zentrales Ordnungsprinzip moderner Wissensgesellschaften. Sie schützt die unabhängige Gewinnung, Prüfung und Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse und ist in Deutschland als eigenständiges Grundrecht in Artikel 5 Absatz 3 GG verankert. Während die Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG) grundsätzlich jede Äußerung schützt, unabhängig von Qualität oder Rationalität, ist Wissenschaftsfreiheit an fachliche Qualifikation, institutionelle Einbindung und methodische Standards gebunden. Wissenschaftliche Aussagen sind damit durch einen relativen Wahrheitsanspruch gekennzeichnet, der auf „Vorläufigkeit, Kritisierbarkeit und Revidierbarkeit“ beruht (Gärditz, 2022).

Zugleich bleiben beide Grundrechte, die Meinungs- und die Wissenschaftsfreiheit, eng verbunden, und Abgrenzungsprobleme bleiben in der Praxis unvermeidbar. Beide entfalten ihre demokratische Funktion auch im öffentlichen Diskurs und werden auch durch Forschende selbst wirksam, die ihre Expertise in öffentliche Debatten einbringen. Gerade im öffentlichen Diskurs verschwimmen die Grenzen von Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit jedoch häufig, etwa wenn Forschende über ihr Fachgebiet hinaus Stellung beziehen und ihre Aussagen aufgrund akademischer Autorität dennoch als wissenschaftlich wahrgenommen werden (vgl. Kaldewey, 2024). Daraus erwächst für die Wissenschaftskommunikation eine besondere Verantwortung, die Grenze zwischen überprüfbarem Wissen und persönlicher Stellungnahme kenntlich zu halten.

**Meinungs- und
Wissenschaftsfreiheit
sind eng verbunden.**

Darüber hinaus ist Wissenschaftsfreiheit nicht nur als Abwehrrecht gegen äußere Eingriffe, sondern zugleich als positive Verantwortung der Forschenden zu begreifen, aus diesem Privileg heraus gesellschaftlich wirksames und bestenfalls überprüfbares Wissen hervorzubringen (ebd.). Wissenschaftsfreiheit ist in diesem Sinne kein statisches Rechtsgut, sondern muss in der Praxis immer wieder legitimiert und verteidigt werden, insbesondere dort, wo wissenschaftliche Erkenntnisse mächtige Interessen und Überzeugungen herausfordern (Schimank et al., 2024).

Weltweiter Rückgang der Wissenschaftsfreiheit

International steht Wissenschaftsfreiheit unter Druck. Der Academic Freedom Index (AFI), der Wissenschaftsfreiheit auf Basis einer Bewertung durch ca. 2.300 Expert*innen weltweit misst, dokumentiert für 34 Staaten und Regionen deutliche Rückgänge (Kinzelsbach et al., 2025). Der AFI misst Wissenschaftsfreiheit auf einer Skala von 0 bis 1: Ein hoher Wert bedeutet, dass Forschende frei arbeiten, publizieren und lehren können, während ein niedriger Wert auf staatliche Eingriffe, Repressionen oder Zensur hinweist. Besonders betroffen von einem Rückgang der Wissenschaftsfreiheit

sind unter anderem Argentinien, Griechenland, Israel, Portugal, Finnland und die USA. In den USA sank der Indexwert zwischen 2014 und 2024 beispielsweise um 0,231 Punkte auf 0,68.

Diese Entwicklung deckt sich mit der Kritik von Wissenschaftsrat (WR) und Hochschulrektorenkonferenz (HRK), die die wissenschaftsfeindliche Politik der Regierung Trump als „ernsthafte Bedrohung für die amerikanische und internationale Wissenschaftsgemeinschaft“ verurteilen (Wissenschaftsrat, 2025). Sie warnen vor den schwerwiegenden Folgen populistischer Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit und verweisen insbesondere auf massive Mittelkürzungen, die Entlassung zahlreicher Beschäftigter im Wissenschaftsbetrieb sowie die gezielte Diskreditierung von Forschung in sensiblen Bereichen wie Gesundheits-, Klima-, Geistes- und Sozialwissenschaften. Wie weitreichend solche Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit in den USA sind, zeigt unter anderem der Silencing Science Tracker, der bereits über 700 Fälle politisch motivierter Angriffe auf Wissenschaft und Forschung dokumentiert (Sabin Center for Climate Change Law & Climate Science Legal Defense Fund, o. J.).

In Deutschland stabil, aber nicht unverwundbar

Im internationalen Vergleich wird die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland weiterhin als sehr stabil eingestuft; die Indexwerte des Academic Freedom Index (AFI) liegen konstant zwischen 0,88 und 0,90. Auch repräsentative Befragungen unter Forschenden bestätigen diese Einschätzung: In der Wissenschaftsbefragung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) bewerteten knapp 80 Prozent der Befragten die Autonomie und Forschungsfreiheit an ihren Hochschulen als eher gut oder sehr gut. Lediglich rund drei Prozent beurteilten die Autonomie an ihren Einrichtungen als sehr schlecht (Fabian et al., 2024b). Zugleich nehmen Belastungen für die akademische Redefreiheit, verstanden als die Möglichkeit, wissenschaftliche Ergebnisse und Einschätzungen frei zu äußern, ohne Sanktionen befürchten zu müssen, zu (Fabian et al., 2024a). Dazu zählen der Eindruck politischer Einflussnahme (etwa in Förderentscheidungen), ökonomischer Abhängigkeiten durch Drittmittel- und Wettbewerbslogiken sowie gesellschaftlicher Diskursdruck, der zu Konformitätserwartungen führen kann. Sicherheits- und Dual-Use-Debatten illustrieren zusätzlich, wie inhaltliche Steuerungsimpulse die Autonomie einzelner Forschungsfelder tangieren (Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina und Deutsche Forschungsgemeinschaft, 2022).

Im deutschen Kontext handelt es sich daher weniger um manifeste Eingriffe, sondern vielmehr um subtile Faktoren wie Ressourcenknappheit, Drittmittelsteuerung oder soziale Erwünschtheit, die Wissenschaftsfreiheit indirekt beeinflussen können. Inwieweit diese Faktoren in der öffentlichen Wahrnehmung als bestimmend und die Wissenschaftsfreiheit einschränkend eingeschätzt werden, hat auch einen Einfluss auf die Glaubwürdigkeit wissenschaftlicher Kommunikation und ihr Potenzial, gesellschaftliche Diskurse informieren zu können.

Auch innerhalb des Wissenschaftssystems verlaufen Konfliktlinien. Während rund 80 % der Forschenden in einer Studie des DZHW ihre akademische Redefreiheit als hoch einschätzen, berichten Promovierende und jüngere Forschende häufiger von Einschränkungen durch ökonomischen

Druck, reputationsgetriebene Anreizsysteme oder moralische Abwertung (Fabian et al., 2024a). Außerdem zeigt die Studie, dass Einschränkungen der Freiheit nicht nur durch direkte Steuerung entstehen, sondern auch kommunikativ, etwa durch Anfeindungen, Delegitimierungskampagnen oder institutionell selektiv unterstützte Kommunikation aus Sorge vor Reputationsrisiken. Wo Forschende durch Anfeindungen, moralische Ausgrenzung oder pauschale Delegitimierung unter Druck geraten, kommt den Institutionen eine besondere Schutzverantwortung zu (Schimank et al., 2024). Zusammenfassend kann also gesagt werden: Die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland ist stabil, diese Stabilität ist jedoch nicht gleichbedeutend mit Unverwundbarkeit.

Ein reflexives Verständnis von Wissenschaftsfreiheit

Aus diesen Überlegungen wird klar: Wissenschaftskommunikation ist mehr als klassische Öffentlichkeitsarbeit. Sie ist eine Praxis, in der die Freiheit der Wissenschaft sichtbar wird, verteidigt und vermittelt werden kann und in der wissenschaftliche Expertise im Idealfall für plurale Öffentlichkeiten nachvollziehbar und nutzbar wird. Ein zeitgemäßes Verständnis von Wissenschaftsfreiheit umfasst daher nicht nur deren rechtliche Absicherung, sondern setzt eine besondere ethische Verantwortung der Forschenden und eine Diskurs- und Konflikttoleranz innerhalb und außerhalb der Wissenschaft voraus.

Aus Perspektive der Wissenschaft lässt sich Wissenschaftsfreiheit somit reflexiv begreifen, als Fähigkeit, Angriffen im öffentlichen Diskurs standzuhalten, komplexe Prozesse transparent zu vermitteln, ohne sich instrumentalisieren zu lassen, und zugleich die besonderen Qualitätsmaßstäbe wie auch die Rückwirkungen von Kommunikation auf das Wissenschaftssystem mitzudenken (vgl. Schäfer, 2024; Özmen, 2021; Schubert, 2023). Wissenschaftsfreiheit ist damit auch ein kommunikatives Gut, das von Transparenz und der Möglichkeit lebt, Ergebnisse öffentlich zu artikulieren und zu verteidigen.

**Wissenschafts-
freiheit ist auch ein
kommunikatives
Gut, das von Trans-
parenz und der
Möglichkeit lebt,
Ergebnisse öffentlich
zu artikulieren und zu
verteidigen.**

METHODE

Zwei Umfragen, zwei Zielgruppen, 12 identische Fragen

Um einen Eindruck der Wahrnehmung der Wissenschaftsfreiheit einerseits aufseiten der Öffentlichkeit, andererseits aufseiten der Hochschulen zu gewinnen, wurden 2024 sowohl ins Wissenschaftsbarometer, in dem Bürger*innen befragt werden, als auch ins Hochschul-Barometer, das Hochschulleitungen als Zielgruppe hat, eine Reihe identischer Fragen zum Thema Wissenschaftsfreiheit integriert. Ziel war es, mittels dieser identisch formulierten Fragestellungen die Wahrnehmung in der Bevölkerung mit der institutionellen Sichtweise von Entscheidungsträger*innen an Hochschulen systematisch zu vergleichen.

Das Wissenschaftsbarometer, das seit 2014 jährlich Einstellungen der Bürger*innen in Deutschland gegenüber Wissenschaft und Forschung erhebt, befragte hierzu vom 27. bis 30. Juli 2024 1.005 Personen mittels computergestützter Telefoninterviews (80 % Festnetz, 20 % Mobilfunk). Die Ergebnisse sind repräsentativ für die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 14 Jahren in deutschen Privathaushalten. Das Hochschul-Barometer wird seit 2011 erhoben und befragte mittels Online-Fragebogen Hochschulleitungen in Deutschland von Juli bis September 2024. An der Befragung nahmen 133 Hochschulleitungen teil, was 35 % der angeschriebenen Hochschulen entspricht. Durch die hohe Rücklaufquote repräsentieren die Antworten die Vielfalt der deutschen Hochschullandschaft: die Anteile von Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW), öffentlicher und privater Einrichtungen und Kunsthochschulen nähern sich im Sample der Aufteilung in der Grundgesamtheit an. Der vollständige Fragebogen sowie weiterführende methodische Informationen zum Wissenschaftsbarometer sind unter www.wissenschaftsbarometer.de abrufbar. Nähere Informationen zum Hochschul-Barometer können unter www.hochschul-barometer.de abgerufen werden.

Während das Wissenschaftsbarometer sowie das Hochschul-Barometer zu anderen Themen jeweils ihre eigenen Fragestellungen ins Feld führten, wurde die Einschätzung der Wissenschaftsfreiheit in Deutschland in beiden Umfragen anhand von 12 identischen Fragen bzw. Items erhoben. Deren Entwicklung erfolgte in enger Zusammenarbeit zwischen dem Wissenschaftsbarometer und dem Hochschul-Barometer, um sicherzustellen, dass die Fragestellungen für die sich unterscheidenden Grundgesamtheiten der beiden Umfragen – die deutsche Bevölkerung und die deutschen Hochschulleitungen – funktionierten.

Die Items umfassten einerseits Fragen nach dem Zustand der Wissenschaftsfreiheit in Deutschland allgemein, mögliche Gründe für Einschränkungen der Kommunikation von Forschungsergebnissen in der Öffentlichkeit entlang von vier Dimensionen (Väliaverronen & Saikkonen, 2021) sowie die Einschätzung des wechselseitigen Verhältnisses von Wissenschaft und Politik sowie Wissenschaft und Wirtschaft (vgl. Infobox).

Erhobene Items zur Wissenschaftsfreiheit in Deutschland

- Allgemeine Einschätzung der Wissenschaftsfreiheit: 1 Frage
- Begründung der Einschätzung mit eigenen Worten: 1 Frage
(nur bei positiver oder negativer Einschätzung)
- Mögliche Gründe für Einschränkung öffentlicher Forschungskommunikation anhand von vier Dimensionen (Välvirronen & Saikkonen, 2021): 7 Fragen
 - 1.) Politische und ökonomische Kontrolle
 - 2.) Organisatorische Kontrolle
 - 3.) Peer-Kontrolle
 - 4.) Kontrolle durch die Öffentlichkeit
- Einfluss von Politik und Wirtschaft auf Wissenschaft: 2 Fragen

Die im Folgenden präsentierten Ergebnisse basieren auf einer mehrstufigen empirischen Analyse: Zunächst wurden die Einschätzungen der Bürger*innen sowie der Hochschulleitungen zur Wissenschaftsfreiheit in Deutschland deskriptiv ausgewertet und vergleichend betrachtet, um relevante Unterschiede in der öffentlichen und institutionellen Wahrnehmung herauszuarbeiten. Die Antwortmöglichkeiten „weiß nicht/keine Angabe“ wurden dabei als fehlende Werte klassifiziert und von der Analyse ausgeschlossen. In einem zweiten Schritt wurde eine inferenzstatistische Analyse durchgeführt, um zu untersuchen, welche Faktoren die Wahrnehmung von Wissenschaftsfreiheit unter Bürger*innen beeinflussen. Dabei standen soziodemographische Merkmale wie Alter, formale Bildung und Wohnortgröße ebenso im Fokus wie evaluative Einstellungen, etwa hinsichtlich des Vertrauens in Wissenschaft oder des wahrgenommenen Einflusses von Politik und Wirtschaft auf die Wissenschaft. Die Daten und Skripte zu den empirischen Analysen sind zur Nachvollziehbarkeit und weiteren Nutzung online zugänglich unter: <https://osf.io/a25mj>.

ERGEBNISSE

Empirische Befunde zur Wahrnehmung der Wissenschaftsfreiheit in Deutschland

Im Folgenden werden die Ergebnisse der identischen Fragebatterien im Wissenschaftsbarometer und dem Hochschul-Barometer vergleichend vorgestellt und identifizierte Unterschiede tiefergehend analytisch betrachtet. Dabei wird deutlich: Hochschulleitungen in Deutschland nehmen Wissenschaftsfreiheit als weitaus gesicherter wahr als Bürger*innen. Gleichzeitig gibt es Parallelen in der Art und Weise, wie externe Einflussfaktoren auf Wissenschaftsfreiheit eingeschätzt werden.

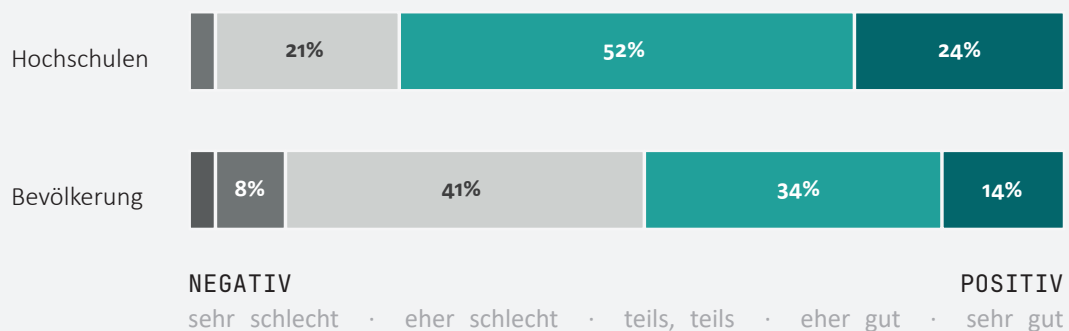
Unterschiede und Parallelen in der Wahrnehmung der Wissenschaftsfreiheit

Die erste und grundlegende Frage, die Befragten, also Bürger*innen und Hochschulleitungen gleichermaßen gestellt wurde, lautete: „Was würden Sie sagen, wie steht es hierzulande um die Wissenschaftsfreiheit?“ Die Ergebnisse zeigen ein durchaus divergentes Bild in der Wahrnehmung der Bevölkerung gegenüber den Hochschulleitungen (vgl. Abbildung 1). Während drei Viertel der befragten Hochschulleitungen (76 %) angeben, dass es ihrer Meinung nach eher oder sehr gut um die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland stehe, kommen unter den befragten Bürger*innen 48 % zu dieser Einschätzung. Demgegenüber geben 11 % der befragten Bürger*innen an, dass es ihrer Ansicht nach eher oder sehr schlecht um die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland stehe, während dies unter den Hochschulleitungen 3 % so sehen. Auch bei der zur Auswahl stehenden Mittelkategorie „teils, teils“ zeigt sich ein deutlicher Unterschied: Während 21 % der Hochschulleitungen den Zustand der Wissenschaftsfreiheit hierzulande so einschätzen, ist dieser Anteil unter den Bürger*innen mit 41 % doppelt so groß.

Aus Sicht der Hochschulleitungen erklärt sich diese positive Bewertung angesichts aktueller Debatten um die Wissenschaftsfreiheit vor allem aus der Verankerung der Wissenschaftsfreiheit im Grundgesetz, wodurch den Hochschulen weitreichende Freiheiten zugesichert sind. Dies wird in einer ergänzenden offenen Frage als häufigste Erklärung für die positive Bewertung der Lage der Wissenschaftsfreiheit genannt. Dennoch geben die Hochschulleitungen auch an, dass es gelte, sich für den Erhalt der Wissenschaftsfreiheit einzusetzen. Entwicklungen im Ausland zeigen, dass diese nicht mehr überall selbstverständlich sei.

Die im Wissenschaftsbarometer befragten Bürger*innen, die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland als (eher oder sehr) groß wahrnehmen, verweisen in ihren offenen Antworten zu den Gründen dieser Einschätzung am häufigsten auf die Vielfalt und Qualität der Wissenschaft, die Rolle des Staates als verllässlicher Rahmengeber sowie auf finanzielle Unabhängigkeit und die gesetzlich garantierte Meinungsfreiheit und Diskurskultur. Kritische Einschätzungen der Bürger*innen setzen besonders finanzielle und politische Abhängigkeiten der Forschung in den Fokus. Auch eine als unzureichend empfundene Forschungsförderung, eingeschränkte Meinungsfreiheit sowie geringe mediale Sichtbarkeit wissenschaftlicher Themen werden als Gründe für eine eher kritische Wahrnehmung genannt.

Was würden Sie sagen, wie steht es hierzulande um die Wissenschaftsfreiheit?



Werte unter 5 % sind aus Gründen der Lesbarkeit nicht beschriftet.

ABBILDUNG 1
Einschätzung der Wissenschaftsfreiheit

Quelle: Wissenschaftsbarometer 2024 und Hochschul-Barometer 2024

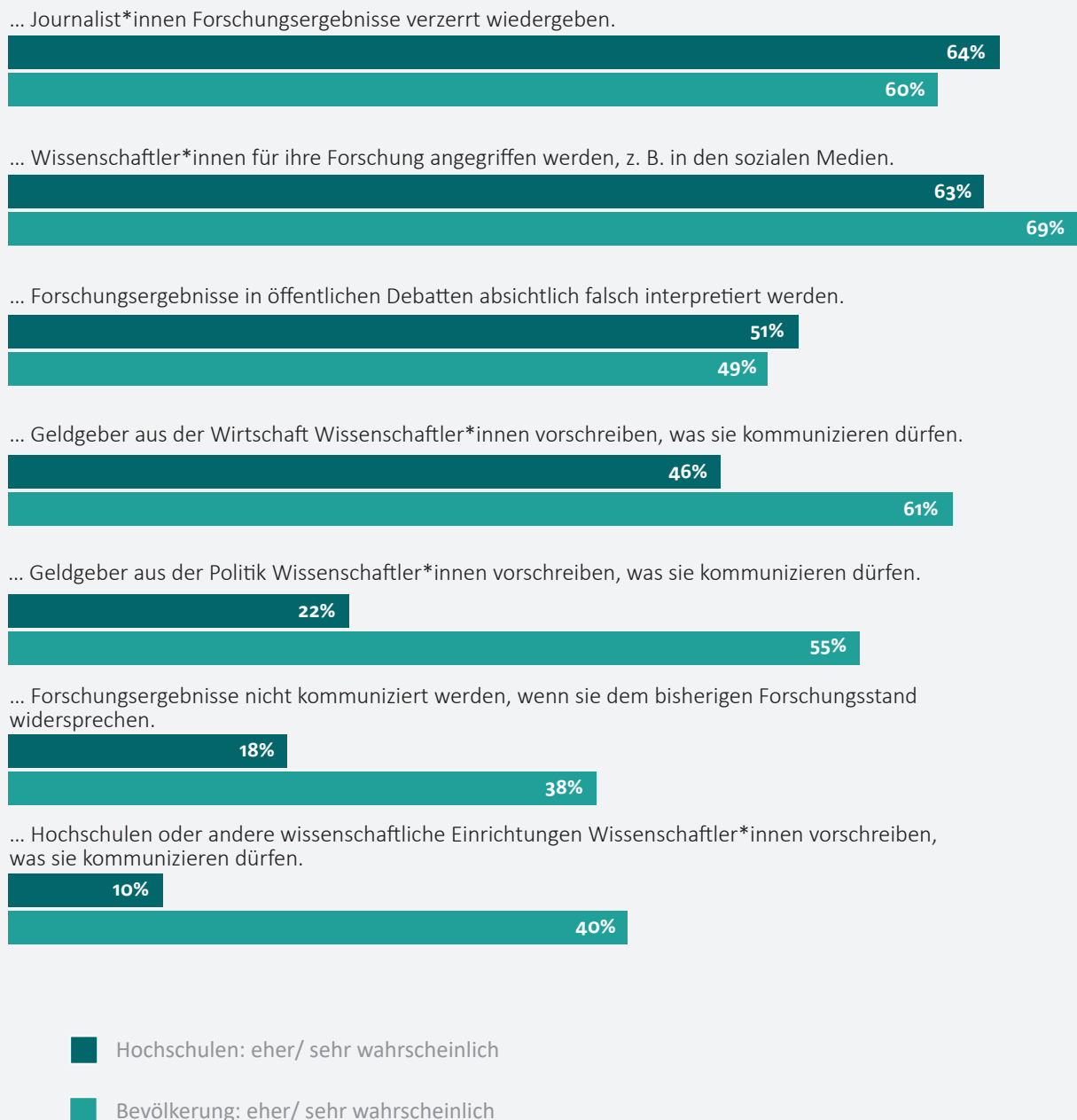
Gründe für Einschränkungen der Wissenschaftskommunikation

Neben den Fragen zur Einschätzung der Wissenschaftsfreiheit wurden den Befragten sowohl im Wissenschaftsbarometer als auch im Hochschul-Barometer außerdem mögliche Gründe vorgelegt, die eine öffentliche Kommunikation über Forschung beeinträchtigen können. In der Beantwortung dieser Frage zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den befragten Bürger*innen und Hochschulleitungen (vgl. Abbildung 2). So halten es 61 % der befragten Bürger*innen für eher oder sehr wahrscheinlich, dass Geldgeber aus der Wirtschaft Forschenden vorschreiben, was sie kommunizieren dürfen und 55 % sehen dies für Geldgeber aus der Politik gegeben. Unter den Hochschulleitungen dagegen schätzen 46 % einen solchen Einfluss von wirtschaftlichen Geldgebern auf Forschende als eher oder sehr wahrscheinlich ein. Die Wahrscheinlichkeit für einen Einfluss von politischen Geldgebern auf die öffentliche Kommunikation sieht etwas mehr als jede fünfte Hochschulleitung als gegeben (22 %). Auffallend ist zudem die unterschiedliche Wahrnehmung des Einflusses von Hochschulen oder anderen wissenschaftlichen Einrichtungen auf die Kommunikation von Forschenden. So hält nur jede zehnte Hochschulleitung einen solchen Einfluss auf die öffentliche Kommunikation von Forschenden für wahrscheinlich, unter den Bürger*innen wiederum sind es 40 %. Auch dass Forschungsergebnisse nicht kommuniziert werden, wenn Sie dem bisherigen Forschungsstand widersprechen, halten unter den Bürger*innen mehr Befragte für wahrscheinlich (38 %) als dies unter den Hochschulleitungen der Fall ist (18 %).

Mit Blick auf die verschiedenen Dimensionen möglicher Einschränkungen wissenschaftlicher Freiheit zeigen sich also insbesondere bezogen auf einen möglichen Einfluss durch politische und wirtschaftliche Akteure, aber auch hinsichtlich einer potenziellen Kontrolle durch Institutionen und Peers Unterschiede zwischen der öffentlichen und der institutionellen Wahrnehmung: Während Hochschulleitungen die Wahrscheinlichkeit einer Einschränkung der öffentlichen Kommunikation von Forschenden durch wirtschaftliche, vor allem aber durch politische und wissenschaftliche Akteure als eher gering einschätzen, sind es unter den Bürger*innen zwischen 40 % und 60 %, die hier einen beeinträchtigenden Einfluss vermuten.

Doch es werden auch Parallelen in der Wahrnehmung potenzieller Einschränkungen von Wissenschaftsfreiheit erkennbar und diese sind insbesondere dem Umgang mit wissenschaftlichen Erkenntnissen in der öffentlichen Debatte zuzuordnen. So halten es gut zwei Drittel sowohl der Bürger*innen als auch der Hochschulleitungen für eher oder sehr wahrscheinlich, dass Wissenschaftler*innen für ihre Forschung öffentlich, bspw. in den sozialen Medien, angegriffen werden. Außerdem sehen ca. 50 % sowohl der Bürger*innen als auch der Hochschulleitungen die Gefahr, dass Forschungsergebnisse in öffentlichen Debatten absichtlich falsch interpretiert werden und jeweils gut 60 % halten es sogar für wahrscheinlich, dass Journalist*innen diese verzerrt wiedergeben und somit ein inkorrektes Bild der Arbeit der Forschenden zeichnen.

Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass hierzulande ...?

**ABBILDUNG 2**

Einschätzung möglicher Gründe, die Wissenschaftskommunikation beeinträchtigen

Quelle: Wissenschaftsbarometer 2024 und Hochschul-Barometer 2024

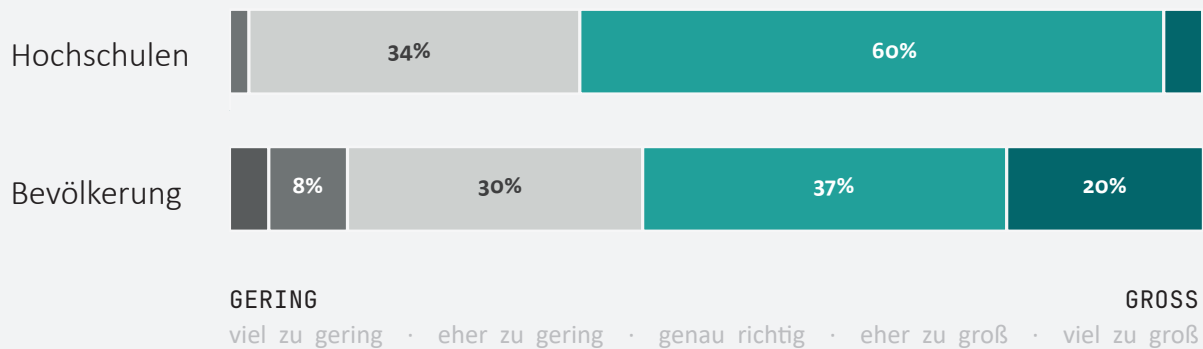
Einfluss von Wirtschaft und Politik auf die Wissenschaft

Bürger*innen und Hochschulleitungen wurden darüber hinaus nach ihrer Einschätzung des allgemeinen Einflusses von Politik einerseits und Wirtschaft andererseits auf die Wissenschaft gefragt (vgl. Abbildungen 3 & 4). Im Hinblick auf die Wahrnehmung des Einflusses der Politik auf die Wissenschaft sind sich die Befragten im Wissenschaftsbarometer und Hochschul-Barometer relativ einig: Ca. 30 % halten diesen für genau richtig, ca. 60 % für (eher/viel) zu groß.

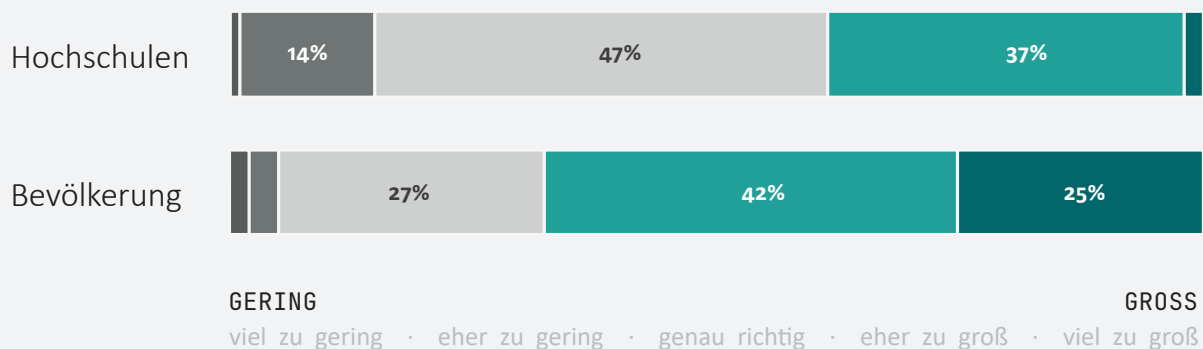
Der Einfluss der Wirtschaft auf die Wissenschaft wiederum wird von Bürger*innen und Hochschulleitungen sehr unterschiedlich eingeschätzt. Zwei Drittel der Bürger*innen geben an, dass die Wirtschaft in Deutschland einen eher oder viel zu großen Einfluss auf die Wissenschaft ausübt (67 %). Unter den Hochschulleitungen kommt nur etwas über ein Drittel (39 %) zu dieser Einschätzung. Knapp die Hälfte (47 %) unter ihnen schätzt den wirtschaftlichen Einfluss als genau richtig ein, 15 % sogar als (eher/viel) zu gering. Hier zeigt sich im Vergleich zur vorherigen Frage ein umgekehrtes Bild: Der Anteil der Bürger*innen, die den Einfluss der Politik auf die Wissenschaft als zu gering empfinden, liegt im Vergleich zum entsprechenden Anteil der Hochschulleitungen rund 10 Prozentpunkte höher. Umgekehrt verhält es sich beim Einfluss der Wirtschaft auf die Wissenschaft: Unter den Hochschulleitungen ist der Anteil derer, die diesen als zu gering einschätzen, 10 Prozentpunkte niedriger als in der Bevölkerung.

Der Einfluss der Wirtschaft auf die Wissenschaft wird von Bürger*innen und Hochschulleitungen sehr unterschiedlich eingeschätzt.

Wie groß ist Ihrer Meinung nach der Einfluss der Politik auf die Wissenschaft?



Wie groß ist Ihrer Meinung nach der Einfluss der Wirtschaft auf die Wissenschaft?



Werte unter 5 % sind aus Gründen der Lesbarkeit nicht beschriftet.

ABBILDUNGEN 3 & 4

Einschätzung des Einflusses der Politik bzw. Wirtschaft auf die Wissenschaft

Quelle: Wissenschaftsbarometer 2024 und Hochschul-Barometer 2024

Mögliche Erklärungsansätze für die Unterschiede in der Wahrnehmung von Wissenschaftsfreiheit

Die Ergebnisse zeigen deutliche Unterschiede in der Wahrnehmung der Wissenschaftsfreiheit sowie in der Einschätzung möglicher Gründe für deren Einschränkung unter Bürger*innen und Hochschulleitungen. Sowohl die Wissenschaftsfreiheit allgemein als auch mögliche Gründe für die Einschränkung öffentlicher Forschungskommunikation insbesondere in Bezug auf externe Forschungsförderung sehen viele befragte Bürger*innen kritischer als die befragten Hochschulleitungen. Daraus ergibt sich die Frage, von welchen Faktoren die Wahrnehmung der Wissenschaftsfreiheit in der Öffentlichkeit potenziell abhängen könnte. Die Ergebnisse einer entsprechenden statistischen Analyse der Daten des Wissenschaftsbarometers zeigen, dass sowohl Einstellungen zu Wissenschaft allgemein als auch bestimmte soziodemographische Merkmale der Befragten in diesem Zusammenhang eine signifikante Rolle spielen.

Ein wesentlicher Faktor, der die öffentliche Wahrnehmung der Wissenschaftsfreiheit beeinflusst, ist das Vertrauen der Bürger*innen in Wissenschaft und Forschung allgemein. Die Bewertung der Wissenschaftsfreiheit in Deutschland fällt unter den Befragten positiver aus, je höher ihr Vertrauen in die Wissenschaft ist. Mit Blick auf verschiedene im Wissenschaftsbarometer erhobene Gründe für mögliches Vertrauen in Wissenschaftler*innen zeigt sich zudem: Je stärker die Wahrnehmung ausgeprägt ist, dass Wissenschaftler*innen im Interesse der Öffentlichkeit forschen, desto positiver wird auch die Wissenschaftsfreiheit eingeschätzt.

Die Wahrnehmung externer Einflüsse auf die Wissenschaft hat ebenfalls einen Einfluss auf die Beurteilung der Wissenschaftsfreiheit. So sind Bürger*innen, die den Einfluss der Politik auf die Wissenschaft als zu groß wahrnehmen, auch eher geneigt, die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland schlechter einzuschätzen. Hinsichtlich des wahrgenommenen Einflusses der Wirtschaft auf die Wissenschaft lässt sich kein solcher signifikanter Zusammenhang feststellen.

Abschließend finden sich auch entlang soziodemographischer Merkmale der befragten Bürger*innen signifikante Zusammenhänge mit der Wahrnehmung der Wissenschaftsfreiheit. Einerseits spielt das formale Bildungsniveau der Befragten eine Rolle: Je höher der Bildungsabschluss einer Person, desto positiver fällt ihre Bewertung der Wissenschaftsfreiheit in Deutschland aus. Gleiches gilt für Menschen, die in größeren Städten leben. Auch diese bewerten die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland positiver als Bürger*innen in Wohnorten mit kleinerer Einwohnerzahl. Alter und Geschlecht der Befragten spielen keine signifikante Rolle für die Wahrnehmung der Wissenschaftsfreiheit.

DISKUSSION

Eine freie Wissenschaft braucht gute Wissenschaftskommunikation

Die Ergebnisse verdeutlichen eine Diskrepanz in der Wahrnehmung der Wissenschaftsfreiheit in Deutschland in den beiden untersuchten Gruppen. Während Hochschulleitungen diese überwiegend als gesichert ansehen, im Einklang mit Befunden unter Forschenden (Fabian et al., 2024a, 2024b), äußern Bürger*innen deutlich mehr Skepsis. Auffällig ist insbesondere, dass Bürger*innen politische und wirtschaftliche Einflussnahmen wesentlich häufiger als Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit einschätzen. Für die Wahrnehmung der Wissenschaftsfreiheit unter Bürger*innen erweist sich Vertrauen in die Wissenschaft allgemein als Schlüsselfaktor. Personen mit hohem Vertrauen schätzen die Wissenschaftsfreiheit deutlich positiver ein.

Gleichzeitig zeigen sich Parallelen: Beide Gruppen bewerten den Umgang mit Wissenschaft und wissenschaftlichen Informationen in der öffentlichen Debatte kritisch. Verzerrte oder absichtliche Fehlinterpretationen wissenschaftlicher Ergebnisse sowie Angriffe auf Forschende, etwa in sozialen Medien, werden von Bürger*innen wie auch von Hochschulleitungen als reale Einschränkungen der freien Kommunikation von wissenschaftlichen Ergebnissen betrachtet.

Einschränkend ist zu berücksichtigen, dass die hier dargestellten Erhebungen ausschließlich Wahrnehmungen erfassen. Anzunehmen ist, dass während Hochschulleitungen primär auf die institutionellen und rechtlichen Sicherungen der Wissenschaftsfreiheit verweisen, die Wahrnehmung der Bevölkerung stärker durch mediale Diskurse, politische Debatten und öffentliche Auseinandersetzungen mit Wissenschaft geprägt wird. Gleichwohl sind diese Wahrnehmungen relevant, da sie auf Diskrepanzen zwischen interner und externer Sicht verweisen.

Wissenschaftsfreiheit hängt auch davon ab, ob es gelingt, Vertrauen in Unabhängigkeit, Redefreiheit und Integrität wissenschaftlicher Praxis herzustellen und zu bewahren.

Diese Einschätzungen verdeutlichen die im Hintergrund beschriebene kommunikative Dimension der Wissenschaftsfreiheit: Wissenschaftsfreiheit wird nicht allein durch rechtliche Garantien bestimmt, sondern hängt auch davon ab, ob es gelingt, Vertrauen in Unabhängigkeit, Redefreiheit und Integrität wissenschaftlicher Praxis herzustellen und zu bewahren. Mit Blick auf aktuelle Sorgen um gesellschaftliche Polarisierung, die zunehmende Instrumentalisierung des Freiheitsbegriffs in politischen Debatten und die mediale Skandalisierung von Forschung wird erkennbar, dass die Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit auch ein kommunikatives Projekt ist.

Aus den Ergebnissen unseres Vergleichs der Sichtweise von Bürger*innen und Hochschulleitungen auf die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland lassen sich unseres Erachtens drei Implikationen ableiten:

- **Stärkung reflexiver Wissenschaftskommunikation:** Wissenschaftskommunikation sollte nicht nur Ergebnisse, sondern auch Prozesse, Finanzierungsbedingungen, Unsicherheiten und die Vorläufigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse stärker sichtbar machen, die sogenannte Back-end-Kommunikation. Wissenschaftskommunikation sollte ihren Zielgruppen zutrauen, Komplexität zu verstehen und einordnen zu können.
- **Institutionelle Schutzverantwortung:** Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen sollten Forschende aktiv gegen Anfeindungen, Diskreditierungen und öffentliche Verzerrungen absichern. Wissenschaftsfreiheit entfaltet sich nur dann, wenn auch die freie Kommunikation von Forschungsergebnissen institutionell geschützt wird.
- **Politisch-strategische Kommunikation:** Entscheidungsträger*innen in Politik und Wissenschaft sollten die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland in ihrer öffentlichen Kommunikation nicht vorschnell als bedroht darstellen, sondern im internationalen Vergleich als Standortvorteil hervorheben, ohne bestehende Risiken politischer, ökonomischer oder diskursiver Einflussnahme auszublenden.

Insgesamt erweist sich Wissenschaftsfreiheit nicht als statisches Gut, sondern als dynamischer Aushandlungsprozess. Ihr Schutz verlangt über die rechtliche Absicherung hinaus eine aktive Kommunikationspraxis, die unterschiedliche Wahrnehmungen ernst nimmt, Vertrauen stärkt und Risiken und Unsicherheiten transparent macht. Eine Kultur der Diskurs- und Konflikttoleranz, nach innen wie nach außen, ist Voraussetzung dafür, dass Wissenschaftsfreiheit auch unter Bedingungen gesellschaftlicher Polarisierung und medialer Beschleunigung wirksam bleibt. Dabei gilt es zugleich, mit der zunehmenden Politisierung des Freiheitsbegriffs reflektiert umzugehen und ihn im öffentlichen Diskurs nicht als Kampfbegriff populistischen Strömungen zu überlassen, sondern konstruktiv für die Verteidigung und Weiterentwicklung der Wissenschaftsfreiheit fruchtbar zu machen.

Literaturverzeichnis

- Allianz der Wissenschaftsorganisationen (2019). Zehn Thesen zur Wissenschaftsfreiheit: Forschungsorganisationen legen Selbstverpflichtung vor [Pressemitteilung]. https://www.wissenschaftsrat.de/download/2019/Allianz_Memorandum_Wissenschaftsfreiheit_270819.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (abgerufen am 29.08.2025).
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V. (2024). Hochschulbarometer. https://www.hochschul-barometer.de/sites/barometer/files/2024-12/hochschul-barometer_2024.pdf (abgerufen am 29.08.2025).
- Columbia Law School - Sabin Center for Climate Change Law. (o. J.). Silencing Science Tracker. <https://climate.law.columbia.edu/Silencing-Science-Tracker> (abgerufen am 29.08.2025).
- Fabian, G., Fischer, M., Hamann, J., Hofmann, A., Koch, M., Schimank, U., Thompson, C., Traunmueller, R., & Villa, P.-I. (2024a). Akademische Redefreiheit: Kurzbericht zu einer empirischen Studie an deutschen Hochschulen. SocArXiv. <https://doi.org/10.31235/osf.io/mycjs>.
- Fabian, G., Heger, C. & Fedzin, M. (2024b). Barometer für die Wissenschaft: Ergebnisse der Wissenschaftsbefragung 2023. SocArXiv. <https://doi.org/10.31235/osf.io/ea5kr>.
- Gärditz, K. F. (2022). Wehrhafte Hochschulen und Wissenschaftsfreiheit. Verfassungsblog: On Matters Constitutional. <https://doi.org/10.17176/20221023-225540-0>.
- Kaldewey, D. (2024). Wenn Freiheit zum Kampfbegriff wird - Im Interview mit Wissenschaftskommunikation.de. <https://www.wissenschaftskommunikation.de/wenn-freiheit-zum-kampfbegriff-wird-7824/> (abgerufen am 29.08.2025).
- Kinzelbach, K., Lindberg, S. I., Lott, L., & Panaro, A. V. (2025). Academic Freedom Index—2025 Update. Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU). <https://doi.org/10.25593/OPEN-FAU-1637>.
- Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina und Deutsche Forschungsgemeinschaft (2022). Wissenschaftsfreiheit und Wissenschaftsverantwortung – Empfehlungen zum Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung / Scientific Freedom and Scientific Responsibility – Recommendations for Handling of Security-Relevant Research, 2. aktualisierte Auflage. Halle (Saale).
- Özmen, E. (2021). Normative Grundlagen und aktuelle Herausforderungen. Aus Politik und Zeitgeschichte - Wissenschaftsfreiheit, 71(46). https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2021-46_online_o.pdf.
- Väliaverronen, E., & Saikkonen, S. (2021). Freedom of Expression Challenged: Scientists' Perspectives on Hidden Forms of Suppression and Self-censorship. Science, Technology, & Human Values, 46(6), 1172–1200. <https://doi.org/10.1177/0162243920978303>.
- Schäfer, K. (2024). Schwerpunkt: Wissenschaftsfreiheit unter Druck. Zeitschrift für Politikwissenschaft, 34(3), 373–378. <https://doi.org/10.1007/s41358-024-00394-6>.
- Schimank, U., Ash, M. G., Quack, M., Gläser, J., Husung, H.-G., Krull, W., Weingart, P. (2024). Grundsätze und Empfehlungen zur Wahrnehmung und Förderung der Wissenschaftsfreiheit in Deutschland. 25/2024. https://www.bbaw.de/files-bbaw/publikationen/wissenschaftspolitik_im_dialog/WiD_25/BBAW_WiD_25_Web.pdf.

Schubert, K. (2023). Zwei Begriffe der Wissenschaftsfreiheit: Zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik. Zeitschrift für Praktische Philosophie, 10(1). <https://doi.org/10.22613/zfpp/10.1.2>

Wissenschaftsrat (2025). Solidarität mit Einrichtungen und Forschenden in den USA. https://www.wissenschaftsrat.de/DE/Home/Buehne/_Inhalte/Inhalte_Online/2025_04_USA_Wissenschaftsfreiheit (abgerufen am 29.08.2025).

Wissenschaft im Dialog gGmbH (2024). Wissenschaftsbarometer 2024. https://wissenschaft-im-dialog.de/documents/332/2024_Wissenschaftsbarometer_Broschuere_web.pdf.

ZUR SCHRIFTENREIHE

WiD-Perspektiven

Die Schriftenreihe greift aktuelle Fragen an der Schnittstelle von Wissenschaft und Gesellschaft auf. Sie stützt sich dabei auf das Wissenschaftsbarometer, das jedes Jahr neue, gesellschaftsrelevante Themen in einer repräsentativen Befragung erfasst. Diese Daten fließen in Multistakeholder-Dialoge ein, deren Ergebnisse in der Reihe veröffentlicht werden. WiD-Perspektiven liefern fundierte Einblicke, regen Debatten an und bieten Orientierung für alle, die Wissenschaftspolitik, Wissensmanagement und Wissenschaftskommunikation aktiv mitgestalten.

Die Reihe wird herausgegeben von *Wissenschaft im Dialog (WiD)*, die zentrale Organisation der Wissenschaft für Wissenschaftskommunikation in Deutschland. *WiD* ist ein Think-and-Do-Tank und unterstützt Forschende mit praxisrelevantem Wissen zu wirkungsvoller Kommunikation. Die WiD-Perspektiven werden gefördert von der Klaus Tschira Stiftung gGmbH.

Impressum

AUTOR*INNEN

Dr. Benedikt Fecher, Marian Burk, Dr. Anne-Sophie Behm-Bahtat, Dr. Svetoslava Antonova Baumann, Maja Kohler, Bastian Kremer, Liliann Fischer

HERAUSGEBER

Wissenschaft im Dialog gGmbH

Charlottenstraße 80

10117 Berlin

Telefon: 030 20 62 295 0

GEFÖRDERT VON

**Klaus Tschira
Stiftung**



Disclaimer: Für die sprachliche Überarbeitung dieses Textes wurde ChatGPT (GPT-4-turbo) genutzt. Die inhaltliche Verantwortung verbleibt bei den Autor*innen.